

# Matthias Erzberger und die Anfänge demokratischer Außenpolitik in Deutschland

Von Torsten Oppelland

Die Bedeutung des Zentrumspolitikers Matthias Erzberger im späten Kaiserreich, insbesondere in der letzten Phase des Ersten Weltkrieges und seine Rolle bei der Entstehung der Friedensresolution und damit einer neuen Mehrheitskonstellation im Reichstag ist in der historischen Forschung nicht umstritten.<sup>1</sup> Es herrscht auch kein Mangel an biographischen Studien über Matthias Erzberger.<sup>2</sup> Dennoch sind manche Aspekte seines politischen Wirkens bisher vernachlässigt worden. Dazu gehört die Entwicklung von Erzbergers Einstellung zu den USA während des Ersten Weltkrieges, was angesichts der Tatsache, daß sein wichtigster Biograph, Klaus Epstein, ein Deutsch-Amerikaner war, etwas erstaunlich ist.

Die besondere Bedeutung gerade der Einstellung der deutschen Politik zu den USA hat vor einigen Jahren Werner Link in einem Aufsatz beschrieben. Es habe vor allem in Deutschland ein enger Zusammenhang zwischen der »Einstellung zu den USA ... [und der] Einstellung zur demokratischen und liberalkapitalistischen Ordnung im innerstaatlich-gesellschaftlichen und im zwischenstaatlichen Bereich« bestanden.<sup>3</sup> Seit dem kriegsentscheidenden Eingreifen der USA in den Ersten Weltkrieg sei dieser Zusammenhang evident gewesen. Die Entwicklung Erzbergers im Ersten Weltkrieg ist, wie im folgenden zu zeigen sein wird, ein geradezu mustergültiger Beleg für

---

1 Siehe hierzu Wilfried LOTH, *Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 75), Düsseldorf 1984, sowie Wilhelm RIBHEGGE, *Frieden für Europa. Die Politik der Deutschen Reichstagsmehrheit 1917/18*, Essen 1988.

2 Zu nennen ist hier in erster Linie die aus dem Nachlaß erarbeitete Biographie von Klaus EPSTEIN, *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, Berlin-Frankfurt/M. 1962 (engl. Ausgabe 1959), die sich aber trotz des Titels mit dem hier zu behandelnden Problem des Zusammenhangs von Innen- und Außenpolitik bei Erzberger nur sehr am Rande beschäftigt. Des weiteren sind die Studien von Theodor ESCHENBURG, *Matthias Erzberger. Der große Mann des Parlamentarismus und der Finanzreform*, München 1973, und Wolfgang RUGE, *Matthias Erzberger. Eine politische Biographie*, Berlin [Ost] 1976, zu nennen, wobei letztere stark den damals in der DDR üblichen Kategorien verhaftet ist.

3 Werner LINK, *Demokratische Staatsordnung und außenpolitische Orientierung. Die Einstellung zu den USA als Problem der deutschen Politik im 20. Jahrhundert*, in: DERS. u. Lothar ALBERTIN (Hrsg.), *Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland*, Düsseldorf 1981, S. 63-89, Zitat S. 63.

diesen Zusammenhang zwischen der Einstellung zu den USA einerseits und den innen- und außenpolitischen Ordnungsvorstellungen insgesamt.

Bevor jedoch auf Erzbergers außenpolitische Ideen und seine zuweilen recht unglücklichen Versuche, diese umzusetzen, näher eingegangen werden kann, muß der Begriff der »demokratischen Außenpolitik« näher erläutert werden. Es gibt Historiker, die bestreiten, daß es vor 1945 in Deutschland etwas derartiges überhaupt gegeben habe.<sup>4</sup> Andererseits kann man auch behaupten, daß ein solcher aus dem innerstaatlichen Bereich entlehnter Begriff für die Außenpolitik, die sich mit der Vertretung eben der äußeren Interessen von Staaten befaßt und somit über eine eigene Rationalität verfügt, gänzlich ungeeignet sei.<sup>5</sup> Im folgenden soll mit einer minimalistischen Definition von »demokratischer Außenpolitik« operiert werden, die nur zwei Elemente beinhaltet: erstens, daß die Außenpolitik von einer demokratisch gewählten Volksvertretung kontrolliert ist, und zweitens, daß ihr ein Grundverständnis, das friedliche Konfliktregelung der militärischen vorzieht, zugrundeliegt. Beide Elemente hat Erzberger in der Auseinandersetzung mit den USA in den Mittelpunkt seiner Vorstellung von Außenpolitik gerückt.

## I. Kriegsziele und parlamentarische Mehrheiten

Der Erste Weltkrieg begann mit den deutschen Kriegserklärungen an Rußland und Frankreich, welche – dies festzustellen, ist in unserem Zusammenhang sehr wichtig – allein von der politischen Reichsleitung unter der Führung des Kanzlers und des Kaisers, wenn auch unter Beteiligung der militärischen Führung, beschlossen wurden. Entsprechend dem Artikel 11 der Reichsverfassung stand nur dem Kaiser die Entscheidung über Krieg und Frieden zu. Der Reichstag war an der Entscheidung ganz im Einklang mit den Bestimmungen der Verfassung nicht beteiligt.<sup>6</sup> Erst ex post wurde der Reichstag insofern beteiligt, als seine Billigung der Finanzierung des Krieges, der Kriegskredite, ersucht wurde. Nur über die ureigenste parlamentarische Kompetenz, das Budgetrecht, konnte der Reichstag Einfluß nehmen. Der Ausgang der Abstimmung ist bekannt. Nachdem der Krieg einmal begonnen hatte, stimmte sogar die SPD, den alten Grundsatz »diesem System

---

<sup>4</sup> Dies ist der Kern der Kontinuitätsthese, die Fritz Fischer in seinen verschiedenen Schriften entwickelt hat.

<sup>5</sup> Dies kommt zum Ausdruck, wenn z.B. Raymond ARON, *Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt*, Neuausgabe eingeleitet v. R. Löwenthal, Frankfurt/M. 1986, S. 12 u. 15 sagt, »das Gesetz der Diplomatie oder der Strategie ist eben etwas anderes«, bzw. den »wesentlichen Unterschied zwischen Innenpolitik und Außenpolitik« hervorhebt.

<sup>6</sup> Völlig zu Recht hebt Helmut ALTRICHTER, *Konstitutionalismus und Imperialismus. Der Reichstag und die deutsch-russischen Beziehungen 1890-1914* (Erlanger Historische Studien, Bd. 1), Frankfurt/M. u.a. 1977, S. 10 und 30 diese Tatsache mehrfach hervor.

keinen Mann und keinen Groschen« über Bord werfend, den Kriegskrediten zu, da sie überzeugt war, daß das Deutsche Reich einen Verteidigungskrieg führe.<sup>7</sup> Erst durch die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten wurde das »Augusterlebnis«, die Suggestion, daß es keine Parteien, sondern nur noch Deutsche gebe, perfekt gemacht.

Daß diese Einigkeit des Reichstages letztlich fiktiv war, zeigte sich bald in der Frage der Kriegsziele. In dem Maß, wie dieses Thema die politische Diskussion zu beherrschen begann, kam es zu einer neuen politischen Konstellation im Reichstag. Seit dem Scheitern des Bülow-Blocks und mehr noch seit der letzten Reichstagswahl von 1912 war das Zentrum wieder in seine traditionelle parlamentarische Schlüsselrolle eingerückt.<sup>8</sup> Ohne das Zentrum war eine politische Mehrheit angesichts des Wahlerfolgs der SPD, die seit 1912 die stärkste Fraktion stellte, nicht zu erreichen. Nach dem Scheitern des Bülow-Blocks suchte sich der Reichskanzler Bethmann Hollweg wieder von Fall zu Fall seine Mehrheit oder versuchte, sich auf eine schwarz-blaue Mehrheit aus Zentrum und Konservativen zu stützen.<sup>9</sup> In den ersten Monaten des Krieges, als die deutschen Truppen vor allem im Westen auf dem Vormarsch waren, bildete sich eine neue, »nationale« bürgerliche Mehrheit, deren Fundament das Eintreten für massive Annexionen war. Erst durch das Hinzutreten des Zentrums wurde dabei diese bürgerliche Gruppierung zur Mehrheit.

Auch Erzberger teilte das allgemeine Ziel der Errichtung einer deutschen kontinentalen Hegemonie, die durch Annexionen sowohl im Osten wie auch im Westen und die Kontrolle von Satellitenstaaten herzustellen sei.<sup>10</sup> Als wichtigster dieser militärisch zu kontrollierenden Staaten galt auch Erzberger, der anfänglich den Zentrumskurs, sich in die Kriegszielmehrheit zu integrieren, voll unterstützte, Belgien, dessen Häfen für Deutschland den Zugang zum Weltmeer und damit mindestens die Ebenbürtigkeit mit

---

7 Zur geschickten, an die alte Ablehnung des zaristischen Systems durch die SPD anknüpfende Inszenierung der russischen Bedrohung durch den Reichskanzler Bethmann Hollweg s. ausführlich Dieter GROH, *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*, Frankfurt/M. u.a. 1973, S. 634 ff.

8 Bereits in den 1890er Jahren hatte der damalige Zentrumsführer im Reichstag, Ernst Lieber, in Anspielung auf die parlamentarische Schlüsselstellung seiner Fraktion gesagt, das Zentrum sei zwar »nicht die Regierungspartei, aber die regierende Partei«; zit. nach Rudolf MORSEY, *Die deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg*, in: *Historisches Jahrbuch* 90 (1970), S. 49.

9 Vgl. Wolfgang MOMMSEN, *Die latente Krise des Wilhelminischen Reiches*, in: DERS., *Der autoritäre Nationalstaat. Verfassung Gesellschaft und Kultur im deutschen Kaiserreich*, Frankfurt/M. 1990, S. 303 f.

10 Vgl. zu Erzberger und den Gründen für die nationale Begeisterung beim Zentrum insgesamt Wilfried LOTH (wie Anm. 1), S. 279 ff. Darin kritisiert er die etwas apologetische Beurteilung von Erzbergers Kriegszielpolitik in der ersten Kriegszeit bei EPSTEIN und ESCHENBURG (wie Anm. 2) zu Recht; vgl. insbesondere S. 281, Fußnote 5.

England sichern sollten, das in den ersten Kriegsmonaten immer mehr als der eigentliche Hauptfeind galt.<sup>11</sup> Das von der englischen Diplomatie ausgearbeitete Vertragssystem, das jedes vorzeitige Ausscheiden einzelner Staaten aus der Allianz gegen Deutschland durch Sonderfriedensabschlüsse verhindern sollte, auf der einen und die englische Seekriegsführung auf der anderen Seite, d.h. die weiträumige Blockade, die die deutsche Hochseeflotte, das gerade vom Bürgertum so verehrte nationale Symbol, zur Untätigkeit verurteilte und zugleich Deutschland vom überseeischen Handel abschnitt, waren die Hauptgründe dafür.

Die USA spielten anfänglich in der öffentlichen Diskussion in Deutschland kaum eine Rolle. Zwar gab es am Beginn des Krieges Hoffnungen, die Vereinigten Staaten würden eine pro-deutsche Politik verfolgen; dies war aber schon aufgrund des deutschen Einmarsches in das neutrale Belgien, der in den USA einhellig verurteilt wurde, vollkommen illusorisch.<sup>12</sup> Die Ausübung der amerikanischen Neutralität, insbesondere der Export von Waffen und Munition an die Staaten der Entente, sorgten in Deutschland für Ernüchterung, Enttäuschung und eine wachsende Erbitterung gegenüber den USA. Erst mit der deutsch-amerikanischen Kontroverse um den uneingeschränkten U-Bootkrieg, die mit der Lusitania-Krise einen ersten Höhepunkt erreichte,<sup>13</sup> trat indes die Tatsache, daß es einen machtvollen Staat jenseits des Atlantiks gab, voll ins Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit. Auch im Reichstag wurde die Politik gegenüber den USA seit 1915 zu einem Thema.

## II. Das Zentrum und der U-Bootkrieg

Erzberger lehnte eine Politik des Nachgebens gegenüber dem amerikanischen Druck und des Verzichts auf den U-Bootkrieg aus Rücksicht auf die Interessen der Neutralen anfänglich ab. In einem Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten und früheren Vorsitzenden der Zentrumsfraktion im Reichstag, Graf Hertling, erläuterte er seine Haltung zum U-Bootkrieg: »Der Reichskanzler schwankte lange und eine Anzahl Herren im Auswärtigen Amt sind überhaupt gegen die Verhängung der Blockade [d.h. der Erklärung des Seegebiets um England zum Sperrgebiet, in dem jedes Schiff einschließlich der neutralen von den deutschen U-Booten versenkt würde; T.O.], da sie

---

11 Vgl. Lothar WIELAND, *Der deutsche Englandhaß im Ersten Weltkrieg und seine Vorgeschichte*, in: Wilhelm ALFF u.a. (Hrsg.), *Deutschlands Sonderung von Europa 1862-1945*, Frankfurt/M. u.a. 1984, S. 317-353.

12 Vgl. dazu ausführlich Torsten OPPELLAND, *Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg. Die deutschen Parteien und die Politik der USA 1914-1918* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 103), Düsseldorf 1995, S. 52 f.

13 Vgl. ebd., Kap. 2.

zu keinem Erfolg führe und viele Feinde schaffen werde. Ich bin anderer Ansicht. Wenn auch niemand garantieren kann, dass der absolute Erfolg erzielt wird, so wird doch sicher England hierdurch ein ganz erheblicher Schaden zugefügt werden. Ja, vielleicht ist dieser Weg der einzige, um England überhaupt niederzuringen.«<sup>14</sup>

Mit dieser Position unterschied sich Erzberger kaum von den Konservativen und Nationalliberalen, die im Reichstag die Politik der Marineführung um Tirpitz vertraten.<sup>15</sup> Der Staatssekretär der Marine sah nach den ersten Erfolgen der U-Boote in dieser Waffe, die er früher eher vernachlässigt hatte, die Möglichkeit, der englischen Seeherrschaft doch noch beizukommen.<sup>16</sup> Auch Erzberger war in erster Linie daran interessiert, England zu schaden; den Schaden für die deutsche Politik, die Gefahren, die eine Antagonisierung der übrigen Neutralen, insbesondere eben der USA, für Deutschland heraufbeschwören würden, schätzte er zu diesem Zeitpunkt noch gering ein. Noch im Juli 1915 riet er dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Jagow, auf amerikanische Kompromißvorschläge, die den deutschen U-Bootkrieg einschränken sollten, nicht einzugehen.<sup>17</sup> Auch in seiner geringen Sympathie für die Repräsentanten der amerikanischen Politik unterschied er sich in dieser Zeit wenig von den übrigen Politikern der bürgerlichen Kriegszielmehrheit. Gegen Ende des Jahres 1915 schrieb er zwei Briefe an Reichskanzler Bethmann Hollweg, in denen er vor dem amerikanischen Botschafter Gerard warnte, ja diesen sogar verdächtigte, ein englischer Agent zu sein.<sup>18</sup> Und im Januar 1916 riet er einem Beamten des Auswärtigen Amtes, die deutsche Presse so zu instruieren, daß der Anschein vermieden werde, Deutschland sei begeistert über den bevorstehenden Besuch des engen Vertrauten von Präsident Wilson, Oberst Edward House;

---

14 Erzberger an Hertling, 4. Februar 1915, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß [NL] Erzberger, 32a.

15 Graf Westarp, der Vorsitzende der deutsch-konservativen Fraktion im Reichstag, hatte Tirpitz schon im Dezember 1914 angeboten, ihn bei der Durchsetzung des U-Bootkrieges gegen Bedenken der politischen Reichsleitung zu unterstützen, vgl. Kuno Graf WESTARP, *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches*, Bd. 2., Berlin 1935, S. 92.

16 Zur Politik der Marineführung und den Bedenken der politischen Reichsleitung s. Bernd KAULISCH, *Alfred von Tirpitz und die imperialistische deutsche Flottenrüstung. Eine politische Biographie*, Berlin (Ost) 1982, S. 181 ff., sowie Gerhard RITTER, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, Bd. III: *Die Tragödie der Staatskunst. Bethmann Hollweg als Kriegskanzler (1914-1917)*, München 1964, S. 145 ff. Als Erzberger nach dem Krieg seine Memoiren schrieb, bewertete er Tirpitz' Politik ganz anders als 1915; er warf ihm vor, unerfüllbare Erwartungen geweckt und »die erste tiefgreifende innere Spaltung hervorgerufen« zu haben; Matthias ERZBERGER, *Erlebnisse im Weltkrieg*, Stuttgart-Berlin 1920, S. 210.

17 Erzberger an von Jagow, 23. Juli 1915, NL Erzberger, 4.

18 Erzberger an Bethmann Hollweg, 1. September und 19. November 1915, NL Erzberger, 32 a.

in der Reise von House sei vielmehr »eine von Wilson gestellte Falle zu erblicken«<sup>19</sup>.

Dennoch gab es bereits in dieser Phase des Krieges Anzeichen dafür, daß Erzberger in wesentlich stärkerem Maße als andere bürgerliche Politiker in der Lage war, sich ein eigenständiges Urteil zu bilden, anstatt sich auf die Auskünfte der Marineführung zu verlassen. So sah er im U-Bootkrieg weniger die siebringende Wunderwaffe als ein Instrument, bei dem Nutzen und Schaden genau abgewogen werden mußte. In einem Gespräch mit einem zivilen Mitarbeiter der Marineleitung, der als Katholik gute Kontakte zur Zentrumsparterie hatte, erklärte er, daß er zwar gegen bindende Erklärungen, also offene Konzessionen an die USA in der U-Bootfrage, zugleich aber der Überzeugung sei, es müsse dafür gesorgt werden, daß »nichts passiert«. Damit war zweifellos gemeint, daß es nicht zum Bruch mit den USA kommen dürfe.<sup>20</sup> Allerdings fügte er hinzu, daß dies von der Kriegslage auf dem Balkan abhängig sei. Insofern ist deutlich, daß Erzberger sein Urteil von Opportunitätsabwägungen abhängig machte. Es gab bei ihm weder eine grundsätzliche Ablehnung des U-Bootkrieges aus völkerrechtlichen Gründen wie bei einem Teil der Sozialdemokraten noch einen blinden Glauben an die Wunderwaffe.

Um den Jahreswechsel 1915/16 erhielt die Frage des U-Bootkrieges in der öffentlichen Diskussion neue Aktualität. Der Chef der Obersten Heeresleitung, Falkenhayn, der zuvor die Entscheidung des Kanzlers, den uneingeschränkten U-Bootkrieg abzubrechen, mitgetragen hatte, schwenkte auf die Position von Tirpitz um, was in der Öffentlichkeit schnell bekannt wurde. Im regierungsinternen Ringen um den U-Bootkrieg gewann die Stellungnahme des Reichstages insbesondere für den Kanzler, der auf jede Unterstützung dringend angewiesen war, wesentlich an Gewicht. Darum kam es im Hauptausschuß zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Gegnern und den Befürwortern des U-Bootkrieges. Dem Zentrum kam dabei wieder die entscheidende Schlüsselposition für die Mehrheitsbildung zu.

Erzberger versuchte sich auf die neue Aktualität dieses Problems vorzubereiten, indem er das Gespräch mit der Marineführung suchte. Die Ergeb-

---

19 Erzberger an Graf Montgelas, 21. Januar 1916, NL Erzberger, 4. Vgl. zur House-Mission ausführlich Horst CHRISTOF, *Deutsch-amerikanische Entfremdung. Studien zu den deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1913 bis zum Mai 1916*, Phil. Diss. Würzburg 1975, Kap. XIV, passim.

20 Eine ausführliche Niederschrift über das Gespräch mit dem Geheimen Admiralsratsrat Schramm ist abgedruckt in: Alfred von TIRPITZ, *Politische Dokumente*, Bd. 2: *Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege*, Hamburg und Berlin 1926, S. 433 f. (Zitat S. 434). An der Behauptung von LOTH (wie Anm. 1, S. 303), das Zentrum habe unter Erzbergers Führung den Reichskanzler bis zum Frühjahr 1916 stets gedrängt, den U-Bootkrieg gegen England »ohne Rücksicht auf die Reaktion der neutralen Staaten zu führen«, sind daher gewisse Zweifel anzumelden.

nisse dieser Unterredungen mit Tirpitz und dem Chef des Admiralstabes, Holtzendorff, hatten jedoch ein Ergebnis, das keineswegs im Sinne der Marineführung war. Tirpitz behauptete, die Marine könne England mit dem uneingeschränkten U-Bootkrieg in sechs Wochen friedensbereit machen, während Holtzendorff dafür immerhin sechs Monate zu benötigen angab. Diese Diskrepanz sowie die glatte Zurückweisung seines Vorschlags, erst einmal die Schlagkraft der U-Boote durch eine Blockade der französischen Kohlehäfen zu testen,<sup>21</sup> lösten bei Erzberger erhebliche Zweifel an der Seriosität der Berechnungen der Marine aus.<sup>22</sup> Seit dieser Zeit vertrat er im Reichstag bzw. im Hauptausschuß die Position des Kanzlers, daß der Schaden, den der zu erwartende Kriegseintritt der USA für Deutschland bedeuten würde, erheblich größer sei als der Nutzen des uneingeschränkten U-Bootkrieges.

In den langwierigen parlamentarischen Auseinandersetzungen gelang es Erzberger und dem Kanzler in enger Zusammenarbeit bis zum Oktober 1916, die Zentrumsfraktion davon abzuhalten, sich offen für den uneingeschränkten U-Bootkrieg auszusprechen.<sup>23</sup> Anfang Oktober hatte sich die innenpolitische Lage jedoch erheblich verändert. Nicht zuletzt auf Betreiben des Reichskanzlers war Falkenhayn durch die neue OHL von Hindenburg und Ludendorff abgelöst worden. Bethmann hatte die Gegensätze zwischen den Militärs, die eher persönlicher Natur waren, überschätzt und gehofft, die enorme Popularität von Hindenburg und Ludendorff, den Siegern von Tannenberg, für sich nutzen zu können.<sup>24</sup> Tatsächlich gelang es der Marineführung sehr schnell auch die neue OHL von der Notwendigkeit des uneingeschränkten U-Bootkrieges zu überzeugen, wobei diese allerdings aus strategischen Gründen noch etwas mit dessen Beginn abwarten wollte.<sup>25</sup> Als

---

21 Dies war eine Lieblingsidee Erzbergers, die tatsächlich einige Vorteile hatte; so hätte eine Unterbrechung der englischen Kohlelieferung für Frankreich und Italien verheerende Folgen gehabt, ohne daß neutrale Schiffe in Mitleidenschaft gezogen worden wären. Indem die Marine angab, daß dieser Plan nicht zu verwirklichen sei, stellte sie den Möglichkeiten des U-Bootkrieges selbst ein schlechtes Zeugnis aus, was Erzberger natürlich nicht entging; vgl. EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 175 f.

22 Vgl. ERZBERGER (wie Anm. 16), S. 212 ff. Die Darstellung in den Erinnerungen ist durchaus glaubhaft, denn in Gesprächen, die Erzberger mit Carl Bachem führte, dem ehemaligen Zentrumsabgeordneten und Herausgeber der Kölner Volkszeitung, der als Befürworter des U-Bootkrieges zu den innerparteilichen Gegnern Erzbergers gehörte, kam er mehrfach auf diese Unterredungen zurück; vgl. Erzberger an C. Bachem, 14. März 1916, NL Erzberger, 44, sowie eine Aufzeichnung von C. Bachem, 26. Februar 1916, Historisches Archiv der Stadt Köln [HASTK], NL Bachem, 877.

23 S. zu diesen parlamentarischen Auseinandersetzungen OPPELLAND (wie Anm. 12), Kap. 3.1.-3., passim.

24 Zu der regelrechten »Verschwörung« gegen Falkenhayn s. RITTER (wie Anm. 16), S. 226 f. u. S. 235-247, und zu Erzbergers Rolle dabei s. EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 177.

25 Für die Vorgeschichte des Übergangs zum uneingeschränkten U-Bootkrieg ist nach wie

im September 1916 die U-Bootfrage in der Öffentlichkeit erneut heftig diskutiert wurde, zeigte sich schnell, daß Erzbergers kritische Position hinsichtlich des U-Bootkrieges in der Zentrumspartei nicht mehr mehrheitsfähig war. Auf der Sitzung des Reichsausschusses der Partei, die am 26. und 27. September in Frankfurt am Main stattfand, sprachen sich die traditionellen Führer der Fraktion, Spahn und Gröber »für scharfen U-[Boot]Krieg« aus; Spahn faßte seine Position zusammen in der Aussage: »Hindenburg hat Entscheidung.«<sup>26</sup> Erzbergers Widerstand gegen diese Position setzte sich nicht durch, seine Argumente hinsichtlich des sicheren Kriegseintritts der USA bei einem Übergang zum uneingeschränkten U-Bootkrieg hatten keine spürbare Wirkung mehr. Damit hatte sich das Zentrum den Nationalliberalen und Konservativen wieder deutlich angenähert, so daß es kaum mehr eine Überraschung war, als im Oktober im Hauptausschuß gegen den Widerstand von Bethmann Hollweg und des Staatssekretärs des Inneren, Karl Helfferich, eine Resolution angenommen wurde, deren Text von Gröber entworfen worden war und in der dafür plädiert wurde, die Entscheidung über den uneingeschränkten U-Bootkrieg der OHL zu überlassen.<sup>27</sup> Für Erzberger war dies ebenso wie für die Regierung eine bittere Niederlage, denn er war sich über die Bedeutung der Resolution vollkommen im klaren, wie aus einem Brief an Hertling hervorgeht: »Wenn Hindenburg sich für den rücksichtslosen U-Bootkrieg entscheiden würde, so könnte meines Erachtens kein Reichskanzler, wer er auch sein mag, eine andere Stellung einnehmen. Das gibt auch Herr von Bethmann Hollweg selbst zu ...«<sup>28</sup>

Das Bewußtsein, daß es praktisch niemanden mehr gab, weder in der militärischen Führung noch in der Mehrheit des Reichstages, der seine Bedenken teilte, war neben anderen Faktoren dafür verantwortlich, daß Bethmann in der entscheidenden Besprechung im Hauptquartier am 9. Januar 1917 den Forderungen von Marineführung und OHL fast kampfflos nachgab und dem Beginn des uneingeschränkten U-Bootkrieges zum 1. Februar zustimmte.<sup>29</sup>

Bis zum Herbst des Jahres 1916 hatte sich Erzbergers Haltung zu den USA bereits beträchtlich gewandelt. Vom begeisterten Annexionisten der ersten Kriegsmonate war er zu einem vorsichtig abwägenden Realpolitiker geworden, der das Machtpotential der USA in seine Kalkulation aufnahm,

---

vor grundlegend: Karl E. BIRNBAUM, *Peace Moves and U-Boat Warfare. A Study of Imperial Germany's Policy towards the United States, April 18, 1916 – January 9, 1917*, Stockholm 1958, hier S. 138 f.

26 Die Zitate stammen aus einer protokollartigen Aufzeichnung der Sitzung von Carl Bachem, NL Bachem, 523.

27 Vgl. zu den Vorgängen im Hauptausschuß OPPELLAND (wie Anm. 12), Kap. 3.5., passim.

28 Erzberger an Hertling, 8. Oktober 1916, NL Erzberger, 32a.

29 Vgl. RITTER (wie Anm. 16), S. 379 f., und BIRNBAUM (wie Anm. 25), S. 319 f.

ohne sich von der rein militärischen Schwäche Amerikas blenden zu lassen, wie es die meisten übrigen bürgerlichen Politiker inner- und außerhalb des Reichstages taten. Dieser Wandel hatte auch innenpolitische Implikationen. Die Position des Kanzlers in der U-Bootfrage war aus einer äußerst fragilen parlamentarischen Allianz von (Mehrheits-) SPD, Linksliberalen und Zentrum unterstützt worden, die mit dem Schwenk des Zentrums vom Oktober wieder zerbrach.<sup>30</sup> Aber immerhin hatten sich hier bereits zukünftige Möglichkeiten angedeutet.

### III. Erzbergers Versuch zur Parlamentarisierung der Außenpolitik

Im Dezember 1916 entfernte sich Erzberger noch weiter vom Siegfriedenslager, in dem er einst begonnen hatte. Als einer von wenigen bürgerlichen Politikern begrüßte er das deutsche Friedensangebot, das Bethmann Hollweg am 12. Dezember im Reichstag vor den größtenteils völlig überraschten Abgeordneten machte.<sup>31</sup> Doch nicht nur das Friedensangebot der Mittelmächte, das indes auf wenig Resonanz bei den Kriegsgegnern stieß und dessen Ernsthaftigkeit bis heute umstritten ist,<sup>32</sup> fand Erzbergers Billigung, er setzte auch große Hoffnungen auf das Vermittlungsangebot des amerikanischen Präsidenten Wilson vom 21. Dezember 1916: »Ich hoffe immer noch,« schrieb er in einem Brief an Fritz Thyssen, »daß die Antwort an Wilson so ausfallen wird, daß ein Eintritt in Verhandlungen ... wahrscheinlich ist. Ich stehe nicht an zu erklären, daß ich das begrüßen würde, denn ich glaube nicht, daß nach einem weiteren Kriegsjahr, wo wir 30 Milliarden Mark mehr Schulden und 600.000 Mann mehr Tote haben, sich ein günstigerer Frieden erreichen läßt.«<sup>33</sup>

---

30 In einem Brief an Friedrich Naumann schrieb Bethmann rückblickend, daß er auf Sand gebaut hätte, wenn er versucht hätte, sich aus Sozialdemokraten, Fortschritt und Zentrum eine parlamentarische Gefolgschaft zu bilden (13.11.1917, Bundesarchiv Potsdam, NL Naumann, 146). Diese Wertung war angesichts der kurzen Dauer dieser parlamentarischen Konstellation sicher nicht ganz falsch, aber Bethmann hat auch wenig getan, um sie zu stabilisieren. Tatsächlich war er wohl nicht in der Lage, über seinen konservativen Schatten zu springen und sich an die Spitze einer derartig neuen Konstellation zu stellen, die – das ist in Rechnung zu stellen – in Preußen zu erheblichen Problemen für den Kanzler geführt hätte.

31 Überraschend kam die Unterstützung Erzbergers für diesen Schritt nicht, denn bereits im April 1916 hatte er in einer Denkschrift für das Auswärtige Amt geschrieben, daß »der Frieden durch Verhandlungen herbeigeführt werden« müsse; Denkschrift vom 13.4.1916, BArchP, Akten der Reichskanzlei, 2448, Bl. 47.

32 Vgl. etwa RITTER (wie Anm. 16), S. 351, BIRNBAUM (wie Anm. 25), S. 243, und Fritz FISCHER, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschlands*, Düsseldorf 1967 (Sonderausgabe), S. 251 f.

33 Erzberger an Fritz Thyssen, 3.1.1917, NL Erzberger, 60. Zu Erzbergers Verbindung zur Firma Thyssen s. EPSTEIN (wie Anm. 2), Anhang V, S. 465 ff.

Erzberger war mittlerweile so überzeugt, daß der Krieg allein mit militärischen Mitteln nicht mehr zu beenden war, daß er alle Emotionen, alle Ressentiments über die mangelnde Neutralität in der bisherigen Politik der USA, die die öffentliche Diskussion in Deutschland – zumindest in den bürgerlichen Kreisen – fast völlig beherrschten, beiseite schieben konnte. Er war bereit, Vermittlung, egal woher sie käme, zu akzeptieren. Unterstützung für eine derartige Politik gab es fast ausschließlich beim (innen-) politischen Gegner – der Sozialdemokratie, die Wilsons Initiative ebenfalls beifällig aufgenommen hatte. Die verfassungsgeschichtliche Umwälzung vom Juli 1917 hatte hier ihre »realpolitischen« Wurzeln.<sup>34</sup>

Noch in anderer Hinsicht begann die Vorgeschichte der Juli-Krise im Januar des Jahres 1917. Der sonst so gut informierte Erzberger<sup>35</sup> wußte nicht, daß zu dem Zeitpunkt, als er an Thyssen schrieb, Bethmann Hollweg bereits vor dem Druck der U-Bootkriegsbefürworter zu resignieren begonnen hatte. Bereits am 26. Dezember 1916 hatte es die deutsche Regierung – ohne jede Konsultation mit Reichstagspolitikern – in einem Schreiben an Präsident Wilson abgelehnt, die Friedensbedingungen öffentlich zu nennen; den Sturm in der deutschen Öffentlichkeit, den die Regierung Bethmann ausgelöst hätte, wenn sie auch nur halbwegs realistische Ziele genannt hätte, hätte sie wohl kaum überlebt.<sup>36</sup> Nachdem die Entente das Friedensangebot der Mittelmächte abgelehnt hatte, kam es dann am 9. Januar 1917 zu der Entscheidung, am 1. Februar den uneingeschränkten U-Bootkrieg zu eröffnen. Die Politik des Reichskanzlers gegenüber den USA geriet damit endgültig in eine Schiefelage. Auf der einen Seite ließ er den deutschen Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, insbesondere nachdem Wilson sich mit seiner berühmten »Peace-without-Victory-Rede«, die sich auch als eine Absage an die Kriegsziele der Entente interpretieren ließ, noch einmal an die internationale Öffentlichkeit gewandt hatte, weiterhin im Sinne einer amerikanischen Vermittlung wirken. Auf der anderen Seite gelang es ihm nicht, beim Kaiser und der Marineführung einen Aufschub des U-Bootkrieges zu erwirken. Das Ergebnis hätte, wie Gerhard Ritter treffend urteilte,

---

34 Diese Wurzeln werden in den einschlägigen Darstellungen zur Geschichte und Vorgeschichte der Juli-Krise weitgehend vernachlässigt, vgl. Udo BERMBACH, *Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung in Deutschland. Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 und die Parlamentarisierung der Reichsregierung*, Köln-Opladen 1967, sowie Dieter GROSSER, *Vom monarchischen Konstitutionalismus zur parlamentarischen Demokratie. Die Verfassungspolitik der deutschen Parteien im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs*, Den Haag 1970.

35 Erzberger war als Leiter der deutschen Propaganda im neutralen Ausland in der Regel sehr gut über alle internationalen Angelegenheiten, aber auch über die Vorgänge innerhalb der deutschen Regierung informiert; vgl. EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 118 ff.

36 Vgl. RITTER (wie Anm. 16), S. 363 f., sowie BIRNBAUM (wie Anm. 25), S. 265-270. Vor allem das Auswärtige Amt unter der Leitung von Arthur Zimmermann widersetzte sich einer Beteiligung der USA an eventuellen Friedensverhandlungen sehr heftig.

verfehlt kaum sein können.<sup>37</sup> Am 31. Januar übergab Graf Bernstorff im State Department gleichzeitig eine Liste deutscher Kriegsziele, die als Grundlage weiterer Vermittlungsbemühen hätte dienen können, und die Erklärung, daß Deutschland am folgenden Tag mit dem uneingeschränkten U-Bootkrieg beginnen würde. Dies mußte auf die amerikanische Regierung wie schiere Heuchelei, wie ein »Schlag ins Gesicht« wirken.<sup>38</sup> An eine Fortsetzung der amerikanischen Vermittlung war danach nicht mehr zu denken; vielmehr brachen die USA fast erwartungsgemäß Anfang Februar die diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich ab.

Alle diese Vorgänge spielten sich unbemerkt von der politischen Öffentlichkeit ab. Auch ansonsten gut informierte Reichstagspolitiker wußten nichts von dem unentschiedenen Doppelspiel Bethmanns. Das galt auch für Erzberger. Erst am 28. Januar schrieb er in einem Brief: »Der uneingeschränkte U-Bootkrieg kommt trotz aller Bedenken. Ich habe mich unendlich bemüht, den Termin noch um vier Wochen hinauszuschieben, denn bis dahin sieht man in Wilsons Sache klarer. Ich stimme ... bei, daß, wenn Wilson die Sache aufgenommen hat, er sie auch zu Ende führen wird. Aber leider ist gegenüber Ludendorff nichts zu machen, und die politischen Behörden haben nachgegeben. Mögen sich jetzt wenigstens die Berechnungen der Marine als richtig erweisen!«<sup>39</sup> Erzberger war also über die Vorgänge innerhalb der Reichsführung im wesentlichen zutreffend unterrichtet, nicht aber über die Politik Bethmanns in Washington.<sup>40</sup>

Die folgenden Monate waren für Erzberger – zumindest im Hinblick auf den U-Bootkrieg und auf die USA – durch zwei Entwicklungen geprägt. Zum einen wurde er durch Graf Bernstorff von der Politik Bethmanns im Dezember 1916 und Januar 1917 unterrichtet, woraus er weitreichende

---

37 RITTER (wie Anm. 16), S. 403.

38 Jürgen MÖCKELMANN, *Deutsch-amerikanische Beziehungen in der Krise. Studien zur amerikanischen Politik im Ersten Weltkrieg* (Hamburger Studien zur neueren Geschichte, hrsg. von F. Fischer), Stuttgart 1967, S. 37.

39 Erzberger an Paul Graf Wolff-Metternich, den ehemaligen Botschafter in London, 28.1.1917, NL Erzberger, 60.

40 In diesem Zusammenhang muß auch Erzbergers vielzitiertes Brief vom 16. Januar 1917 an den Reichskanzler (NL Erzberger, 44) gesehen werden, in dem er vorschlug, den uneingeschränkten U-Bootkrieg nicht offiziell anzukündigen und, wenn es zu Zwischenfällen mit neutralen Schiffen käme, auf Zeit zu spielen, zugleich aber Passagierschiffe zu schonen. Dieser Rat war nicht so »machiavellistisch« und »unehrenhaft« wie EPSTEIN (wie Anm. 2, S. 182) es darstellt und schon gar kein Zeichen »primitiver Schläue«, wie RUGE (wie Anm. 2, S. 61 f.) in Widerlegung der »Geschichtsschreibung der BRD« meint. Vielmehr spiegelt sich darin das fast verzweifelte Bemühen, noch etwas Zeit zu gewinnen, damit Wilsons Vermittlung vor dem aufgrund des U-Bootkrieges zu erwartenden Bruch greifbare Ergebnisse liefern könnte. Zudem hatte er die Hoffnung, daß sich die Erwartungen der Marine schon bald als illusorisch herausstellen würden, so daß man den U-Bootkrieg in seiner uneingeschränkten Form in aller Stille wieder beenden und lediglich den völkerrechtlich einwandfreien Kreuzerkrieg beibehalten könnte.

Konsequenzen zog, und zum anderen erhielt er mit zunehmender Dauer des U-Bootkrieges immer mehr Nachrichten, daß dieser keine kriegsentscheidende Wirkung haben werde. Seine Befürchtungen in dieser Richtung wurden insofern vollauf bestätigt.

Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich kehrte Graf Bernstorff für einige Monate nach Deutschland zurück, bevor er im Sommer 1917 seinen nächsten Posten als Botschafter in Konstantinopel antrat. In dieser Zeit nahm er zu einer Reihe von Persönlichkeiten aus dem Reichstag und der Publizistik Kontakt auf. Auch mit Erzberger führte er lange Gespräche.<sup>41</sup> Zwar existieren über diese Gespräche keine Aufzeichnungen, ihr Inhalt läßt sich aber durch die Erinnerungen anderer Gesprächspartner von Bernstorff unschwer erschließen.

Der Graf verbarg diesen Gesprächspartnern nicht seine Enttäuschung über das Ende seiner Mission in Washington. Er machte deutlich, daß er »Amerika im falschesten Moment verlassen« mußte und daß, »wenn er noch 4 Wochen hätte bleiben können und wenn der U-Bootkrieg aufgeschoben worden wäre«, der Frieden »mit Hülfe Wilsons« erreicht worden wäre. Bethmann habe aus Furcht vor der öffentlichen Meinung in Deutschland, die durch die Annexionisten des Siegfriedenslagers aufgeputscht sei, dem Druck der Militärs nachgegeben. Er, Bernstorff, hoffe noch immer auf Wilsons Friedenswillen. Wenn in einigen Monaten in Deutschland eine Ernüchterung bezüglich der Möglichkeiten des U-Bootkrieges eingetreten sein werde, könne Wilsons Vermittlung noch einmal wirksam werden.<sup>42</sup>

Auch die Vorgänge vom Dezember 1916 und Januar 1917 bzw. seine Sicht dieser Ereignisse enthüllte er sehr offen. Vor allem machte er in einem Gespräch mit einem Reichstagsabgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP) deutlich, daß Wilsons Friedensvermittlung von der deutschen Regierung seit der Sussex-Krise, also seit Mai 1916, erwünscht gewesen sei. Wilson habe aber zu verstehen gegeben, daß er vor den Präsidentschaftswahlen vom November 1916 nicht aktiv werden könne. Wilson habe trotz der relativ frostigen Antworten der Entente auf seinen ersten Schritt vom Dezember 1916 weitergearbeitet und seine Botschaft an den Senat vom Januar 1917, die » Peace-without-Victory-Rede«, bezeichnete Bernstorff

---

41 In einem Brief an Erzberger vom 18. Dezember 1917 erinnert sich Bernstorff »an manchen gemütlichen Abend in Berlin«; Johann Heinrich Graf BERNSTORFF, *Erinnerungen und Briefe*, Zürich 1936, S. 141.

42 Theodor WOLFF, *Tagebücher 1914-1919. Der Erste Weltkrieg und die Entstehung der Weimarer Republik in Tagebüchern, Leitartikeln und Briefen des Chefredakteurs am »Berliner Tageblatt« und Mitbegründers der »Deutschen Demokratischen Partei«*, 2 Bde., (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, Bd. 54/I u. II), hrsg. von Bernd SÖSEMANN, Boppard 1984, S. 488 f.

als »pro-german«. Die Folge von Bethmanns Nachgeben gegenüber der militärischen Führung sei besonders fatal: »Seit diesem Ereignis glaubt niemand mehr der deutschen Regierung; man sagt, sie wisse nicht, was sie wolle, da zwei Parteien (Bethmannpartei – Militärpartei) in ihren amtlichen Äußerungen sich widersprüchen. Bethmann habe Wilson zur Friedensaktion gedrängt, und in dem Augenblick, da die Frucht reif war, habe die Militärpartei den Frieden vereitelt. Wilson war auch persönlich tief verletzt, da er seinen Ehrgeiz auf die Friedensvermittlung gesetzt hatte und sein Ziel nahezu erreicht glaubte.« Die Konsequenz, die Bernstorff im April 1917, also nach dem Kriegseintritt der USA, aus seiner Analyse zog, war für die Parlamentarier von besonderer Bedeutung: »Wilson würde heute noch gerne Frieden schließen und vermitteln, wenn er eine neue deutsche Regierung – Vertretung des deutschen Volkes, entnommen dem Reichstag als Koalitionsministerium – vor sich hätte.«<sup>43</sup>

Diese Äußerung Bernstorffs ist deswegen von so zentraler Bedeutung, weil sie gewissermaßen den »missing link« zwischen Innen- und Außenpolitik darstellt, der in den folgenden Monaten das Handeln der wichtigsten Akteure, vor allem eben auch das von Erzberger, bestimmte. Hier wird zum ersten Mal – und noch dazu von einem Diplomaten, der mit der amerikanischen Politik vertraut war und die führenden Politiker persönlich kannte – in aller Deutlichkeit die Möglichkeit skizziert, daß man erstens durch ein Auswechseln der belasteten Personen in der Regierung und zweitens durch einen Systemwechsel, den Übergang zur parlamentarischen Regierungsweise, einen durch Wilson vermittelten Frieden erlangen könne. Die Berufung auf Wilson war insofern wichtig, als er für »Peace without Victory« stand, also für erträgliche Friedensbedingungen und nicht einen uneingeschränkten alliierten Siegfrieden. Ob diese Einschätzung von Bernstorff zutreffend war oder ob die USA sich nicht vielmehr in einer Phase der Mobilisierung befanden, in der sie an weiteren Friedensvermittlungsaktionen wenig Interesse hatten, ist eine ganz andere Frage.<sup>44</sup> Für die Parlamentarier

---

43 Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, NL Gerhart von Schulze-Gaevernitz, 7 (Aufzeichnung über ein »streng vertrauliches Gespräch mit dem Grafen Bernstorff«, 29.4.1917).

44 Vgl. MÖCKELMANN (wie Anm. 38), S. 28 ff., sowie Klaus SCHWABE, *Woodrow Wilson. Ein Staatsmann zwischen Puritanertum und Liberalismus* (Persönlichkeit und Geschichte, Bd. 62), Göttingen u.a. 1971, S. 69 f. Dort wird die aufgeheizte Atmosphäre in den ersten Monaten nach dem amerikanischen Kriegseintritt beschrieben, in der insbesondere Oppositionspolitiker wie Theodore Roosevelt, aber auch das regierungsamtlich ernannte Propaganda-Komitee unter George Creel die Stimmung gegen Deutschland und die Deutsch-Amerikaner schürten; Wilson konnte schon aufgrund der innenpolitischen Lage schwerlich auf neue deutsche Friedensofferten reagieren. Diese Verschärfung der Stimmung ist auch Bernstorff entgangen. Darüber hinaus war Bernstorff sich auch über die Änderung von Wilsons Gefühlen gegenüber Deutschland, mit dem er erst nach einem militärischen Sieg verhandeln wollte, nicht im klaren; vgl. SCHWABE, ebd., S. 71.

und speziell für Erzberger mußte Bernstorffs Analyse überzeugend wirken, bestätigte sie doch im wesentlichen seine politische Linie vom Jahreswechsel 1916/17.

Unmittelbare Konsequenzen waren für Erzberger aus den Informationen, die er von Graf Bernstorff erhalten hatte, nicht zu ziehen. Der U-Bootkrieg hatte begonnen, Anfang April waren die USA in den Krieg eingetreten, und diese Fakten waren nicht mehr zu ändern. Aber bereits wenige Wochen nach dem amerikanischen Kriegseintritt erreichten ihn aus der Schweiz besorgniserregende Nachrichten.<sup>45</sup> Die materielle Macht der USA, so schien es, werde in Deutschland gröblich unterschätzt. Am 28. Mai erhielt er von seinem Vertrauensmann in der Schweiz, dem jungen bayerischen Diplomaten Franz von Stockhammern, den er auf seiner italienischen Mission kennengelernt hatte und der von der Schweiz aus die Verbindung zum Vatikan hielt, übereinstimmende Agentenberichte, die besagten, daß der U-Bootkrieg zwar ein gefährliches Kampfmittel darstelle, aber nicht kriegsentscheidend wirke. Die Verluste, so sei in England die allgemeine Überzeugung, könnten durch den amerikanischen Schiffsneubau ausgeglichen werden.<sup>46</sup> Für Erzberger waren diese Berichte die Bestätigung für seine Befürchtungen, daß der Krieg im Westen nicht – auch durch den U-Bootkrieg nicht – mehr militärisch zu gewinnen war. Mit dieser Überzeugung war Erzberger von der allgemeinen Stimmung in Deutschland weit entfernt. Der bayerische Ministerpräsident Hertling, der nur wenige Monate später das Amt des Reichskanzlers übernahm, schrieb Erzberger an Stockhammern, um ein Beispiel für den in Deutschland herrschenden Optimismus zu geben, habe sechs Wochen Urlaub genommen, um zurück zu sein, wenn der U-Bootkrieg England friedensbereit gemacht haben würde.<sup>47</sup>

Im Juni 1917 begann Erzberger, aus seinen Erkenntnissen und Überzeugungen die Konsequenzen zu ziehen. Ein erster Schritt waren die berühmten Gespräche mit Oberst Bauer, dem Vertrauten Ludendorffs in Berlin. Dabei erzielten beide eine zwar nur partielle, aber überraschende Übereinstimmung. Bauer war ebenso wie Erzberger über den unverantwortlichen Optimismus, der in Berlin herrschte, entsetzt. Beide waren der Überzeugung, daß die Bevölkerung auf die bevorstehende Enttäuschung hinsichtlich der ausbleibenden Wirkung des U-Bootkrieges vorbereitet werden müsse. Dabei fiel das Wort von der Einrichtung eines Kriegspresseamtes zur Koordination der Zensurmaßnahmen »als eine Art geistiges Kriegsernährungsamt«.<sup>48</sup> So weit beide in Bezug auf die innere Front übereinstimmten,

45 Zu Erzbergers Nachrichtendienst s. EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 183 ff.

46 Stockhammern an Erzberger, 28.5.1917, NL Erzberger, 41.

47 Erzberger an Stockhammern, 29.5.1917, NL Erzberger, 41.

48 Erzbergers Aufzeichnung über das Gespräch v. 10.6.1917, NL Erzberger, 18. Vgl. auch

so wenig herrschte allerdings Einigkeit über die letztlich zu erreichenden Ziele. Während Bauer und die gesamte OHL die Festigung der öffentlichen Meinung als Voraussetzung für das Erreichen des Endsieges betrachteten, der entweder doch noch durch den U-Bootkrieg oder durch eine entscheidende Offensive zu Lande zu erreichen sei, wollte Erzberger lediglich die deutsche Kampfkraft erhalten, um eine vernünftige Ausgangsposition in einem Verhandlungsfrieden für Deutschland zu sichern. Daß seine Überlegungen auf einen Verhandlungsfrieden zielten, geht eindeutig aus einem Brief hervor, den er einen Tag nach seiner Unterredung mit Bauer schrieb und in dem er seine Überzeugung ausdrückte, daß »der Frieden von 1917 .. unter allen Umständen besser werden [würde] als ein Friede von 1918.«<sup>49</sup> Letztlich ging es Erzberger darum, die von Bernstorff vorgedachte Strategie jetzt umzusetzen und durch eine parlamentarisch kontrollierte Regierung der Entente bzw. in erster Linie den USA ein neues Friedenssignal zu geben. Ob dies mit oder gegen Bethmann geschehen würde, war für Erzberger zu diesem Zeitpunkt noch offen. Dieser Widerspruch in der Zielsetzung zwischen der OHL und den verständigungsbereiten Parlamentariern durchzog die gesamte Juli-Krise.<sup>50</sup>

Der Verlauf der Juli-Krise braucht hier nicht näher geschildert zu werden. Entscheidend für den Zeitpunkt von Erzbergers Vorstoß im Hauptausschuß, in dem er am 6. Juli eine Friedensaktion des Reichstages vorschlug, nachdem er das Scheitern des U-Bootkrieges rücksichtslos enthüllt hatte, waren zwei Dinge: Zum einen hatten weder Bethmann Hollweg noch die Marine auf seine Analysen zum U-Bootkrieg reagiert und zum anderen drohte die Sozialdemokratie inzwischen offen damit, die Politik der Bewilligung der Kriegskredite nicht länger fortzuführen, wenn nicht die deutsche Seite eine eindeutige Erklärung im Hinblick auf die Kriegsziele abgeben werde, die auch in der Bevölkerung der Entente-Staaten wirken werde.<sup>51</sup> Damit wäre auch der letzte Rest des Burgfriedens verloren gewesen und die innere Uneinigkeit in Deutschland offen zu Tage getreten.

In der ersten Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses, der vor Erzbergers Vorstoß hinter den Kulissen bereits vorbereitet worden war, wurde endgültig deutlich, an wen der Friedensschritt des Reichstages gerichtet sein würde. So fragte der nationalliberale Abgeordnete Richthofen, der seit einer gemeinsamen Reise an die Ostfront im Frühjahr des Jahres eine enge

---

EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 209, u. RUGE (wie Anm. 2), S. 66 f., der diese Äußerung als Beweis für den imperialistischen Charakter des Erzbergerschen Verständigungsfriedens nutzt.

49 Erzberger an Fritz Thyssen, 11.6.1917, NL Erzberger, 60.

50 Insofern ist es problematisch, von »Erzbergers Bündnis mit Ludendorff gegen Bethmann« zu sprechen, wie EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 209 dies tut.

51 Zur Lage der Sozialdemokratie unmittelbar vor der Juli-Krise s. OPPELLAND (wie Anm. 12), S. 243 ff.

Verbindung zu Erzberger hielt: »Erzberger will den Frieden. Geht das mit der heutigen Regierung? Oder müßte die Regierung geändert werden? Kann Zimmermann z.B. einen Frieden mit den USA machen?«<sup>52</sup> Erzberger ging auf diese Fragen nicht ein und schien zunächst eine Personaldebatte verhindern zu wollen. Nachdem aber einige Abgeordnete davon sprachen, daß nur Zimmermann aufgrund des berühmten Telegramms gegenüber den USA nicht mehr tragbar sei, enthüllte er die Informationen, die er von Bernstorff über Bethmanns Politik um den Jahreswechsel 1916/17 erhalten hatte. Die Wirkung auf die Sozialdemokraten und die Linksliberalen war sehr groß. Die Autorität des Kanzlers war nunmehr gänzlich erschüttert und Pläne für ein Majoritätsministerium unter Bethmann waren erledigt. Erzberger war schon zuvor ins Lager der Anhänger des Alt-Reichskanzlers Bülow übergelaufen, den er während seiner italienischen Mission schätzen gelernt hatte. Der Zeitpunkt für seine Enthüllungen im Interfraktionellen Ausschuß war ideal gewählt, um die Position Bethmann Hollwegs auszuhöhlen.

Mit neuen Männern und einer parlamentarisch kontrollierten Regierung, das stellte sich nunmehr in aller Deutlichkeit als Erzbergers Ziel heraus, wollte er ein neues, in erster Linie an die USA gerichtetes Friedensangebot unterbreiten.<sup>53</sup> Damit orientierte er sich eindeutig an den von Bernstorff gewiesenen Bahnen. Letztlich ist er jedoch gescheitert. Die OHL erwies sich als der stärkere Teil des »Bündnisses gegen Bethmann« und setzte den außenpolitisch unbedarften Georg Michaelis als neuen Reichskanzler durch. Dieser konnte die Friedensresolution des Reichstages zwar nicht verhindern, war aber, wie sich wenig später zeigte, auch keineswegs bereit, sich und damit die Außenpolitik des Deutschen Reiches der parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen. Mit dem innenpolitischen Scheitern war aber auch Erzbergers revolutionärer Versuch, aus dem Reichstag heraus die deutsche Außenpolitik mitzugestalten, vorerst mißlungen. Da den Alliierten und den USA die innenpolitischen Vorgänge in Deutschland natürlich nicht

---

<sup>52</sup> *Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18*, bearb. und eingeleitet von Erich MATTHIAS unter Mitwirkung von Rudolf MORSEY, 2 Hbde., (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, I. Reihe, Bd. 1), Düsseldorf 1959, hier: I, S. 6.

<sup>53</sup> Auf der Sitzung des Parteiausschusses des Zentrum vom 23. und 24. Juli 1917 rechtfertigte er seine Politik noch einmal mit dem Verweis auf die Bedeutung der materiellen Überlegenheit der USA: »Man habe versucht und versuche noch immer, die Hilfe Amerikas für die Entente herabzusetzen. Aber es sei kein Zweifel, daß diese sehr fühlbar würde, nicht nur finanziell, sondern auch militärisch. Ehe Amerika kräftig in den Krieg eingreifen könne – was im Frühjahr 1918 der Fall sein werde – müsse man unbedingt aus dem Krieg heraus sein.« Protokoll von Carl Bachem, HASTK, NL Bachem, 791. Von der päpstlichen Friedensaktion, die er mit der Friedensresolution des Reichstages EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 210 f., zufolge vorbereiten wollte und die bei der Zentrumsparterie zweifellos besonderes Gewicht gehabt hätte, ist in Erzbergers Rechtfertigung indes nicht die Rede. Statt dessen erfolgt zweimal der Verweis auf die amerikanische Politik. Zur Frankfurter Versammlung insgesamt s. EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 229 ff.

verborgen blieben, war es ihnen ein Leichtes, die Friedensresolution als ein Manöver des letztlich machtlosen Reichstages abzutun. Der Zeitpunkt für eine Friedensaktion war wohl auch schlecht gewählt, da sich die USA, wie gesagt, in einer Phase der Mobilisierung befanden, in der sie wenig Interesse an einer neuen Vermittlungsaktion hatten. Anscheinend hat auch Erzberger ebenso wenig wie Graf Bernstorff begriffen, daß mit dem Kriegseintritt der USA eine neue Lage entstanden war. Die Vereinigten Staaten waren nun einer der Gegner Deutschlands und kein neutraler Vermittler mehr.

Trotz aller dieser Bedenken bleibt festzuhalten, daß Erzbergers Ausgangspunkt, die Überzeugung, daß der Krieg im Westen militärisch nicht mehr zu gewinnen sei, an der er auch in der Folgezeit festhielt, ohne sich von den Erfolgen im Osten blenden zu lassen, richtig war. Darin war er fast allen anderen bürgerlichen Politikern weit voraus. Der Versuch, aus dieser Einsicht die Konsequenzen zu ziehen, hätte vielleicht besser und längerfristig vorbereitet werden müssen, aber er mußte gewagt werden, auch wenn er letztlich scheiterte. Am Ende bestand der einzige greifbare Erfolg der Friedensresolution darin, die (Mehrheits-) Sozialdemokratie wieder in einen Konsens einzubinden und eine neue – wenn auch schwache und sehr heterogene – Reichstagsmehrheit zu schaffen, deren Programm in der Befürwortung eines Verständigungsfriedens und nicht mehr der Annexionen bestand. Es würde jedoch zu kurz greifen, wenn man Erzbergers Intentionen allein vom Ende, von dieser innenpolitischen Wirkung her interpretieren wollte.<sup>54</sup>

#### IV. Erzbergers Völkerbunds-konzept

Auch als wenige Wochen später der Papst mit seinem Friedensvermittlungsversuch an die Öffentlichkeit trat, dachte Erzberger in erster Linie an die USA als diejenige Macht, mit der nicht nur ein Frieden erreichbar sei, sondern die einen Frieden auch bei der Entente durchsetzen könne. Selbst die skeptische Antwort des amerikanischen Außenministers Lansing auf die päpstliche Note wertete er eher positiv, womit er in der deutschen (bürgerlichen) Öffentlichkeit wieder einmal weitgehend allein stand. In einem Brief an den Nuntius Pacelli schilderte er seine Sicht der amerikanischen Haltung sehr detailliert: »Die Wilson [eigentlich Lansing]-Note verdient nicht die schroffe Ablehnung, die ihr vielfach in der deutschen Presse zu teil wird. Einmal ist Wilson doch Präsident bis 1920, und es muß mit ihm Frieden gemacht werden. Sodann tritt er in drei wesentlichen Punkten dem

---

<sup>54</sup> Dies ist bei LOTH (wie Anm. 1), S. 330 (insb. Fußnote 16), angedeutet, daß es Erzberger weniger um einen Verhandlungsfrieden als um die »Rettung der inneren Front« gegangen sei. Letzteres spielte natürlich eine große Rolle, war aber nicht das primäre Ziel Erzbergers.

Beschluß des Reichstages und der Papstnote bei und zwar: 1) keine Kriegskosten, 2) keine Zerstückelung des Landes, 3) keinen Wirtschaftskrieg. Sein schroffer und beleidigender Ton gegen die deutsche Regierung ist nicht zu billigen, aber erklärlich für den, der die Vorgänge [vom Januar 1917] kennt. Was Wilson fordert, hat das deutsche Volk, indem es hinter das Wort der Regierung trat, bereits erfüllt. Und zwar ist Wilsons Forderung in doppelter Hinsicht erfüllt worden: 1) durch die Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli, 2) durch den vom Reichskanzler berufenen Siebener-Ausschuß des Reichstages ... 3) Die Herren, durch welche Wilson glaubt, getäuscht worden zu sein, befinden sich nicht mehr im Amt.«<sup>55</sup>

Diese Analyse ist in mehrfacher Hinsicht für Erzberger typisch und zeigt seine Stärken und Schwächen. Er brachte den Realismus auf, die einfache Tatsache zu berücksichtigen, daß es unzweckmäßig sei, sich in Tiraden gegen Wilson zu ergehen, wie große Teile der Siegfriedenspolitiker, die sich in jener Zeit in der Vaterlandspartei organisierten, es so häufig taten, weil man am Ende doch mit Wilson Frieden werde schließen müssen, wolle man nicht über das Jahr 1920 hinaus Krieg führen. Zugleich ist er scharfsinnig darin, die Übereinstimmungen zwischen der Wilsonschen Politik und der Friedensresolution aufzuzeigen, die, wie sich hier einmal mehr zeigt, von vornherein auf die USA gezielt hatte. Andererseits übersieht er geflissentlich die Schwächen der eigenen Position. So war es eine Fiktion zu behaupten, die Regierung Michaelis sei vom Vertrauen des Reichstags getragen und stelle eine parlamentarische Regierung dar. Gerade der erwähnte Siebener-Ausschuß wurde von den Regierungsvertretern getäuscht, hintergangen und von der Mitwirkung an den Entscheidungen ausgeschlossen, was am Ende das Scheitern der päpstlichen Initiative mitverursachte, für die allerdings auch bei der Entente wenig Begeisterung herrschte.<sup>56</sup> Diese Mischung von Realismus und übertriebenem Optimismus war für Erzberger typisch.

Im Januar 1918, als sich über Wilsons berühmte 14-Punkte-Rede noch einmal eine letzte Möglichkeit anzudeuten schien, mit den USA ins Gespräch zu kommen, zeigte sich unter gänzlich veränderten innenpolitischen Umständen ein ähnliches Bild. Unter der Regierung des Zentrumspolitikers Graf Hertling, zu dem Erzberger früher ein gutes Verhältnis hatte, das sich dann aber, mit dessen Kanzlerschaft, rasch abkühlte, verlor Erzberger weitgehend seinen Einfluß. Die Zentrumsfraktion im Reichstag folgte nicht mehr ihm, sondern Hertling. Erzberger sah in Wilsons Rede »eine diskutabile Grundlage« und hoffte, daß der »Faden gesponnen« werden könne.<sup>57</sup> Hertling lehnte jedoch, im Ton moderat, aber unnachgiebig, Wilsons Position Punkt

<sup>55</sup> Erzberger an Pacelli, 4. September 1917, NL Erzberger, 18.

<sup>56</sup> Zur Papstaktion und Erzbergers Rolle dabei s. EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 239 ff.

<sup>57</sup> *Der Interfraktionelle Ausschuß* (wie Anm. 52), II, S. 128 f.

für Punkt ab und ließ lediglich in den allgemeinen Punkten, etwa zum Völkerbund, eine unverbindliche Sympathie erkennen. Erzberger konnte daran nichts ändern; er versuchte Hertlings Äußerungen so zu interpretieren, als sei in ihnen keine »Absage an das Angebot von Wilson« zu erkennen.<sup>58</sup> Aber dies waren offensichtlich Rückzugsgefechte. Es hatte kein wirkliches Angebot Wilsons gegeben. Darüber hinaus war absehbar, daß die OHL, die während der Kanzlerschaft Hertlings die Richtlinien der Politik bestimmte, nicht an Verhandlungen, sondern an die letzte entscheidende Offensive im Westen dachte, die den Sieg bringen sollte. Erzberger war in der fast tragischen Position, mitansehen zu müssen, wie die Dinge in eine Richtung liefen, die letztlich zur Niederlage führen mußten, ohne selbst etwas beeinflussen zu können. Er reagierte auf diese Lage eher mit Selbstbetrug als mit Resignation.

Während seine Versuche, in Deutschland eine durch den demokratisch gewählten Reichstag kontrollierte Außenpolitik durchzusetzen, weitgehend gescheitert bzw. durch kleinere Zugeständnisse entschärft worden waren, nutzte Erzberger die Zeit seines geringeren Einflusses, um sich über die Inhalte einer demokratischen Außenpolitik klar zu werden. Das Ergebnis dieser Bemühungen war seine Schrift über den Völkerbund,<sup>59</sup> mit der er der deutschen Öffentlichkeit wieder einmal voraus war, denn nach dem Scheitern der Offensive im Sommer 1918 war der Völkerbund plötzlich als letzter Strohalm der Hoffnung auf erträgliche Friedensbedingungen in aller Munde.

Das Auffällige an dieser Schrift, die natürlich an ein deutsches Publikum gerichtet war, ist nun, daß wiederum ein sehr enger Bezug zur amerikanischen Politik besteht. So wie Erzberger mit seiner Politik der Parlamentarisierung auf die Wirkung in den USA, speziell bei Wilson, zielte, so sah er auch bei einer deutschen Völkerbundspolitik in den USA den politischen Partner.

Die eigentlichen Elemente der von Erzberger entworfenen Völkerbundspolitik waren nicht sonderlich originell. Das Prinzip der obligatorischen

---

<sup>58</sup> So Erzberger im Hauptausschuß am 23. Januar 1918. *Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915-1918*, bearb. von Reinhard SCHIFFERS und Manfred KOCH, (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, I. Reihe, Bd. 9), Düsseldorf 1981-83, 4. Teilbd., S. 1931 f.

<sup>59</sup> Matthias ERZBERGER, *Der Völkerbund. Der Weg zum Weltfrieden*, Berlin 1918. Dieses Buch ist sehr unterschiedlich beurteilt worden; EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 285, kommt zu einem eher kritischen Gesamturteil, da Erzberger die Zukunft »in viel zu rosigen Farben« schildere und die Beharrungskräfte der alten Politik unterschätze. Eine ähnlich kritische Sicht ist zu finden bei Leo HAUPTS, *Deutsche Friedenspolitik 1918-19. Eine Alternative zur Machtpolitik des Ersten Weltkrieges?*, Düsseldorf 1976, S. 136 f. Dagegen sieht Heinrich LUTZ, *Demokratie im Zwielicht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik 1914-1925*, München 1963, S. 60, die Schrift trotz des vorherrschenden Optimismus eher positiv.

Schiedsgerichtsbarkeit, die Forderung nach Abrüstung und nach der Freiheit der Meere hatten alle ältere Vorbilder und sind in verschiedenen Reden sowohl von Staatsmännern der Entente und der Mittelmächte als auch in besonderem Maße von Wilson, dessen primäres Kriegsziel die Errichtung des Völkerbunds war, aufgegriffen worden.<sup>60</sup> Ganz konsequent ist Erzberger jedoch in seiner Bereitschaft, Wilson gegen die noch immer in Deutschland herrschende Stimmung zu verteidigen: »Man ist gewohnt, Wilson in Deutschland als den Prototyp des Heuchlers anzusehen, der hinter einer pazifistischen Maske proenglische Politik treibt. Es genügt, auf die von Wilson stets vertretene Forderung der Freiheit der Meere hinzuweisen, um den Gegensatz, in welchem Wilson zu England steht, zu erkennen. Das Allbritentum sieht in Wilson eher seinen Feind als seinen Freund, obwohl man in England Wilsons Zielen offiziell zustimmt. Wilson treibt lediglich amerikanische Politik. Es war gewiß sein Ehrgeiz, aber es waren auch tief realpolitische Momente, die es ihm zur Aufgabe machten, als Friedensbringer aufzutreten.«<sup>61</sup>

Erzberger versucht hier mit den Begriffen, die dem Publikum vertraut waren, insbesondere mit dem Begriff der Realpolitik, die Politik Wilsons rational verständlich zu machen. Die Grundtatsache des Gegensatzes zwischen England und den USA in der Frage der Freiheit der Meere hat er zweifellos richtig erkannt. Dabei geht er indes nicht soweit, Hoffnungen zu wecken, es könne in letzter Minute zu einem Bruch zwischen England und den USA kommen: »Wilson will allerdings ... mit England den Weg des Sieges.«<sup>62</sup>

Dennoch hat auch Erzberger zu den verhängnisvollen Illusionen beigetragen, die gegen Kriegsende im Hinblick auf die Politik, die Ziele und die Macht Wilsons, diese Ziele auch durchsetzen zu können, in Deutschland bestanden. Auch er überschätzte die Machtfülle des amerikanischen Präsidenten: »In dem Maße, wie die amerikanische Beteiligung [am Krieg] an Bedeutung wuchs, wuchs auch der politische Wille gegenüber der Entente. Wilson ist es, der, wenn auch nicht sichtbar, die Oberhand hat und sich freie Hand vorbehält, zum Beispiel bezüglich der Wirtschaftsfragen nach dem Kriege.«<sup>63</sup>

Wahrscheinlich konnte sich niemand im Sommer bzw. Frühherbst 1918 schon klarmachen, daß der militärische Zusammenbruch der Mittelmächte

---

60 ERZBERGER selbst zählt im ersten Kapitel der Völkerbundsschrift (wie Anm. 59) eine ganze Reihe dieser Reden auf. Zum Völkerbundsgedanken allgemein s. Ursula FORTUNA, *Der Völkerbundsgedanke in Deutschland während des Ersten Weltkriegs*, Zürich 1974.

61 ERZBERGER, *Völkerbund* (wie Anm. 59), S. 12.

62 Ebd. S. 14.

63 Ebd. S. 15.

bevorstand und daß, wenn dieser einmal eingetreten sein würde, die Einflußmöglichkeiten Wilsons erheblich reduziert sein würden. In dem Moment, da die europäischen Staatsmänner nicht mehr auf die militärische Unterstützung der USA angewiesen waren, verfolgten sie ihre eigenen Ziele mit großer Verbissenheit. Dies zeichnete sich schon bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand ab, in dem entgegen Wilsons ursprünglichen Plänen Deutschland weitgehend entwaffnet wurde.<sup>64</sup> Mit der Überschätzung der Möglichkeiten Wilsons und der Fehleinschätzung des Charakters des Völkerbunds gingen in Deutschland Illusionen einher über den Frieden, den man von Wilson erwarten könne. Diese Illusionen hat Erzberger bis zu einem gewissen Grade geteilt. Zwar war er sich völlig darüber klar, wie die englische Idee eines Völkerbundes aussah, aber auch er überschätzte Wilsons Möglichkeiten, seine Völkerbundskonzeption durchzusetzen. Darin spiegelt sich einmal mehr die für Erzberger typische Mischung aus scharfsinniger Analyse und einem etwas leichtfertigen Optimismus.

Ähnlich wie in der Frage der Parlamentarisierung der Außenpolitik des Deutschen Reiches orientierte sich Erzberger in seiner Völkerbundspolitik an den Vorgaben aus den USA. Wie er 1917 an der innenpolitischen Übermacht der OHL gescheitert ist, so scheiterte er mit seiner Völkerbundskonzeption am Ausmaß der deutschen Niederlage, das er im September, als die Schrift veröffentlicht wurde, noch nicht erkannt hatte, obwohl die entscheidende militärische Niederlage schon mehr als einen Monat zurücklag.

## V. Zusammenfassung

Im August 1917 schrieb Erzberger einem Zeitungsredakteur, der ihn im Hinblick auf seine Unterstützung der Friedensresolution wegen seiner Prinzipienlosigkeit kritisiert hatte, folgende Zeilen: »Was ich vor 2 1/2 Jahren gesagt und geschrieben habe, war der damaligen Kriegslage angepaßt; nur ein politischer Idiot kann im Jahre 1917 das Kriegsziel noch so stecken wie 1914/15.«<sup>65</sup>

Dieses Wort weist Erzberger als einen Realpolitiker im besten Sinne des Wortes aus, als einen Politiker, der sich in seiner Beurteilung der Ziele und Interessen nicht an abstrakten Prinzipien, sondern an der Realität orientiert. Zugleich zeigt es, wo Erzberger selber den Bruch ansetzt, nämlich Anfang 1916. In dieser Zeit begriff er, daß der Krieg mit militärischen Mitteln nicht mehr zu gewinnen war. Als Konsequenz aus dieser Erkenntnis richtete er seine politische Konzeption immer stärker auf die USA aus.

---

<sup>64</sup> Vgl. SCHWABE (wie Anm. 44), S. 81. Zur Relativierung von Wilsons wirtschaftlicher Macht s. ebd., S. 98. Zur Rolle Erzbergers bei den Waffenstillstandsverhandlungen s. EPSTEIN (wie Anm. 2), S. 314 ff., sowie ERZBERGER, *Erlebnisse* (wie Anm. 16), S. 326 ff.

<sup>65</sup> Erzberger an Pfeffer, 30.8.1917, NL Erzberger, 60.

Inhaltlich bedeutete dies, daß er sich bis zum Herbst 1916 immer wieder vehement dafür einsetzte, die Vereinigten Staaten nicht durch die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Bootkrieges in den Krieg hineinzuziehen und daß er im Dezember 1916 die amerikanische Friedensvermittlung begrüßte und sich für deren Akzeptierung durch Deutschland einsetzte. Erst als all diese Versuche gescheitert waren, als sich die Amerikapolitik der Regierung Bethmann als vollkommen verfehlt herausgestellt hatte und die USA in den Krieg gegen Deutschland eingetreten waren, zog er noch weitergehende Konsequenzen. Unter dem oben geschilderten Einfluß von Graf Bernstorff, der ihm Hoffnungen machte, daß Wilson seine Vermittlung wiederaufnehmen werde, wenn bestimmte Bedingungen, eben eine durchgreifende Demokratisierung Deutschlands, erfüllt seien, bemühte sich Erzberger zuerst um die Parlamentarisierung der deutschen Außenpolitik. Angesichts des demokratischen Reichstagswahlrechts wäre eine gelungene Parlamentarisierung durchaus als eine Demokratisierung der Außenpolitik anzusehen gewesen. Dies war das eigentliche Ziel seines Einsatzes in der Juli-Krise, der in erster Linie auf die USA zielte. Dabei ging es darum, die Ablösung der Männer, durch die Wilson sich getäuscht fühlte, zu erreichen und zugleich durch die Friedensresolution diese demokratisierte Außenpolitik inhaltlich zu konkretisieren. In der Friedensresolution wurden bis in Einzelheiten die Gedanken von Wilsons »Peace-without-Victory-Rede« wieder aufgenommen. Mit seinem Völkerbundsbuch, das er ein Jahr später schrieb, übernahm er vollends ein zentrales Element von Wilsons außenpolitischen Vorstellungen.

Damit waren beide Teile der eingangs genannten Definition für eine »demokratische Außenpolitik«, die Kontrolle der Außenpolitik durch ein frei gewähltes Parlament und die Orientierung an friedlicher Konfliktregelung, für Erzbergers außenpolitisches Denken gegeben. Daran änderte auch die Einschränkung nichts, daß sich diese Ziele bei Erzberger erst unter dem Eindruck, nur so sei für Deutschland ein akzeptabler Frieden zu erreichen, durchgesetzt haben. Er wußte vielmehr im Gegensatz zur übergroßen Mehrheit der bürgerlichen Politiker, da Realpolitik für ihn noch nicht zu reiner Gewaltpolitik verkommen war, wie Max Weber so treffend dem Großteil der bürgerlichen Politiker vorgeworfen hatte,<sup>66</sup> beides – Realpolitik und demokratische Außenpolitik – zu verbinden.

---

<sup>66</sup> Vgl. Max WEBER, *Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland*, in: Max Weber, *Gesamtausgabe*, Abtlg. I, Bd. 15: *Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden*, hrsg. von W. MOMMSEN in Zusammenarbeit mit G. HÜBINGER, Tübingen 1984, S. 432-596, hier S. 438.

Wenn Erzbergers Versuche der Demokratisierung der deutschen Außenpolitik gescheitert sind, dann lag dies vor allem an den Widerständen innerhalb Deutschlands, wo in Politik bzw. Militär und Öffentlichkeit die Hoffnung auf den Endsieg noch immer so verbreitet war, daß jeder Versuch, zu einem Frieden des Ausgleichs zu kommen, verketzert wurde. Zwar basierte Erzbergers Hoffnung auf die USA und Wilson auf einer allzu oberflächlichen und optimistischen Analyse der amerikanischen Interessen, aber dies spielte, verglichen mit den innenpolitischen Widerständen, kaum eine Rolle.

Erst nach dem militärischen Zusammenbruch und nachdem die OHL, Hindenburg und Ludendorff, aus der Verantwortung geflohen waren, wurde die Orientierung an Wilson offizielle Politik der parlamentarischen Regierung unter Prinz Max von Baden. Die militärische Niederlage der Mittelmächte hatte aber die Erfolgsaussichten einer solchen Politik, die wenige Monate zuvor aus einer gesicherten Verteidigungsposition heraus vielleicht noch vorhanden gewesen wären, weitgehend zerstört. Die Entente war nicht mehr auf Wilson angewiesen, und alle Hoffnungen auf einen »Wilson-Frieden« waren vergeblich. Hätte Erzberger sich mit seinen Zielen eher durchsetzen können, wären die Aussichten wesentlich besser gewesen, aber die Gegenkräfte des Militarismus waren nach vier Kriegsjahren auch in der öffentlich Meinung zu stark verankert, als daß er hätte Erfolg haben können. So war die unglückliche Verbindung von Demokratie und Niederlage, die die Weimarer Republik so sehr belastete, wohl nicht zu vermeiden.

